

## Krieg an der falschen Front

VON JOSEF JOFFE

Die Sanktion als Kriegführung mit anderen Mitteln ist das älteste Instrument amerikanischer Außenpolitik. Die Republik war gerade 21 Jahre alt, ein Winzling unter den Nationen, da legte sie sich schon mit England an und verhängte eine Handelsblockade gegen das Weltreich. Warum? Weil London im Krieg gegen Napoleon die Neutralitätsrechte der USA mißachtete, deren Schiffe aufgebracht und überhaupt den amerikanischen Handel mit Kontinentaleuropa behindert hatte. Im Jahre 1812 kam es deswegen gar zum echten Krieg, in dessen Verlauf die Briten 1814 Washington niederbrannten.

Die Versuchung, wirtschaftlichen Zwang als Mittel der Politik zu nutzen, zieht sich wie ein roter Faden durch die amerikanische Geschichte; das jüngste Kapitel wurde am Montag eröffnet, als Bill Clinton das Iran-Libyen-Gesetz unterzeichnete. Ginge es nur um diese beiden Länder, wäre das Gesetz allein Amerikas Sache. Doch geht es nicht bloß um Bilaterales. Bevor Libyen und Iran auch nur den geringsten Schmerz spüren konnten, brach ein ganz anderer Kleinkrieg aus, nämlich der zwischen Amerika und seinen Alliierten.

Die wütenden Proteste der Europäer waren genauso programmiert wie die Drohungen mit Gegensanktionen. Am schnellsten und schärfsten hat Frankreich zurückgeschlagen: Das Gesetz werde einen 'besonders gefährlichen Präzedenzfall für die Sicherheit und Entwicklung des Handels schaffen'. Nicht anders hatte auch Thomas Jefferson gewettert, als er die Briten bezichtigte, ihren Wirtschaftskrieg gegen Napoleon auf Unbeteiligte wie Amerika auszuweiten. Wird es auch wie anno 1812-1814 zu einem echten Konflikt zwischen Amerika und seinen Freunden kommen?

Es wäre klüger, die Emotionen auf kleiner Flamme weiterzukochen. Vorweg gilt es, das Gesetz mit der gebotenen Nüchternheit zu analysieren. Was der Kongreß beschlossen hat, ist eher Mücke denn Elefant. Der Präsident wird verpflichtet, aus einer Liste von sechs Sanktionen nur jeweils zwei anzuwenden - nicht gegen Staaten, sondern ausländische Firmen. Die Sanktionen sollen nur greifen, wenn eine solche Firma mehr als 40 Millionen Dollar pro Jahr in Energieprojekte in Libyen oder Iran investiert. Die Strafen? Derlei Firmen dürfen keine Darlehen von der amerikanischen Export-Import-Bank bekommen. US-Privatbanken dürfen ihnen nicht mehr als 10 Millionen vorschießen. Sie dürfen keine US-Regierungsaufträge erhalten. Amerikanische Importe von Produkten dieser Firmen sind verboten. Das sind nicht gerade kommerzielle Atombomben, die Amerika vorzeigt. Entscheidend ist vor allem, daß bereits bestehende Projekte in Iran und Libyen von dem neuen Gesetz nicht be-

troffen sind. Folglich ist überhaupt nicht klar, wie scharf dessen Auswirkungen sein werden. Es dürfte sich eher um Mückenstiche handeln.

Dennoch ist der prinzipielle europäische Einwand nicht vom Tisch zu wischen: Ob Mückenstich oder Elefantentritt - hier versucht Amerika erneut, seinen Gesetzen außerhalb des Landes Geltung zu verschaffen. Andererseits: Hier geht es nur vordergründig um Legalitäten, auch nur vordergründig um die offenkundige Tatsache, daß in Amerika Wahlkampf herrscht, daß Clinton wegen diverser Terrorvorfälle unter schrecklichem Druck steht.

Es geht darum, wie Clinton sagt, 'jenen Ländern die Gelder vorzuenthalten, die sie für die Finanzierung des internationalen Terrorismus brauchen'. Und darum, ob der Westen 'tagsüber Geschäfte mit Leuten machen kann, die nächtens ihre unschuldigen Bürger umbringen'. Daß die amerikanischen Mittel gegen solche Länder nicht dem internationalen Comment entsprechen, ist richtig. Richtig aber ist auch, daß gerade Länder wie Frankreich und Deutschland, obwohl selbst Opfer des Terrorismus (siehe die 'Mykonos'-Morde von Berlin), allzu fein trennen zwischen dem kommerziellen Vorteil und dem gemeinsamen Interesse an der Bekämpfung des Terrors.

Absurd wird es, wenn - wie selbst der Figaro notiert - 'in den diskreten Treffen der Geheimdienste jeder einräumt, daß die Iraner weiterhin ihre Destabilisierungsbemühungen fortsetzen und auch über die Mittel und das Geld verfügen', die europäischen Außenministerien aber zuvörderst gegen Washington anstürmen. Gewiß wollen sich Bonn, Paris etc. nicht von Washington vorschreiben lassen, mit wem sie Handel treiben dürfen - genauso wenig wie weiland das junge Amerika von England. Doch die Proportionen stimmen nicht. Europäische Energiekonzerne können sich ja nach wie vor im Iran engagieren; sie müssen nur wissen, was ihnen wichtiger ist: der amerikanische oder der iranische Markt? Politisch gilt das auch für die europäischen Regierungen: Was ist ihnen wichtiger: Libyen oder Amerika, der Profit ihrer Firmen oder die Kassenlage jener Länder, die den Terror alimentieren - auch in Paris und Berlin?

Die nüchterne Bilanz? Die Amerikaner handeln wieder einmal einseitig und nicht mit der gebotenen Rücksicht auf europäische Empfindlichkeiten; die Europäer sind formal im Recht, aber reagieren nicht mit der gebotenen Rücksicht auf die übergeordneten gemeinsamen Interessen. Bedenkt man weiterhin, daß die Folterwerkzeuge Made in U. S. A. eher Nadeln denn Kreuzigungsnägel sind, müßte sich ein echter Handelskrieg vermeiden lassen. Die lachenden Dritten dabei wären just jene Staaten, die uns alle bedrohen.